

## Pressemitteilung

Landesvertretung  
Sachsen-Anhalt

**Presse: Dr. Volker Schmeichel**  
Verband der Ersatzkassen e. V.  
Schleiufer 12  
39104 Magdeburg  
Tel.: 03 91 / 5 65 16 – 20  
Fax: 03 91 / 5 65 16 – 30  
volker.schmeichel@vdek.com  
www.vdek.com

**28. April 2010**

### **Ersatzkassenforum 2010 – Fair und finanziell stabil**

(es gilt das gesprochene Wort)

**Sperrfrist 16:00 Uhr**

Das diesjährige Thema „Fair und finanziell stabil? – die Ziele der bürgerlichen Koalition für das Gesundheitswesen 2011“ stellt die bevorstehenden Änderungen im Gesundheitswesen auf Bundesebene in den Fokus. Christian Zahn, der Verbandsvorsitzende der Ersatzkassen, Jens Ackermann (MdB), Mitglied im Gesundheitsausschuss und Staatssekretärin Beate Bröcker diskutieren Wirkungen und Nebenwirkungen für unsere Versicherten.

Christian Zahn betonte auf dem Ersatzkassenforum in Magdeburg: „Es ist sachgerecht, dass die neue Koalition eine Kommission einsetzt, die die Frage der zukünftigen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung ergebnisoffen angeht. Die Aussagen der Koalitionsvereinbarung gehören in eine Überprüfung und sollten Basis für eine nachhaltige Sozialpolitik sein. Ein Systembruch würde dem entgegenstehen.“

Zahn warnte davor, das bewährte beitragsfinanzierte System auf eine einkommensunabhängige Kopfpauschale, in welcher Höhe auch immer umzustellen. „Denn“, so Zahn weiter, „die hohe Leistungsfähigkeit unseres Gesundheitssystems beruht im Wesentlichen auf dem Solidarprinzip der gesetzlichen Krankenversicherung.“ Danach stehen allen Versicherten unabhängig von ihrem individuellen Beitrag bzw. von ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit die gleichen Leistungen im Krankheitsfall zu. Dieses solidarische Finanzierungssystem schützt die Versicherten vor finanzieller Überforderung und ist sozial gerecht. Die Einkommensstarken helfen den Einkommensschwachen, die Gesunden den Kranken, die Alleinstehenden

den Familien, die Jungen den Alten. Dieser solidarisch finanzierte Versicherungsschutz ist aber nicht nur Eckpfeiler der GKV, sondern auch Garant für den sozialen Frieden und den wirtschaftlichen Erfolg in Deutschland.

Ziel einer Reform sollte es sein, die medizinische Versorgung der Versicherten weiter zu verbessern und gleichzeitig wirtschaftlich zu gestalten; dabei darf es zu keinen Leistungskürzungen für die Versicherten kommen. Um dies zu erreichen, müssen Versorgungsdefizite und Qualitätsmängel beseitigt und Überversorgung abgebaut werden. Dies kann am besten in einem an Qualität orientierten Wettbewerb geschehen.

Das Gesundheitsprämien-Modell der Koalition setzt aber mit einem einheitlichen Beitrag für alle Kassen und einem vollen Ausgabenausgleich völlig falsche wirtschaftliche Anreize und hemmt den Wettbewerb in der GKV vollends. Das Konzept läuft letztlich auf die Einführung einer Einheitsversicherung hinaus und ist überdies bereits zu diesem Zeitpunkt in erheblichem Ausmaß unterfinanziert.

„Schon jetzt wird kräftig darüber gestritten, wie der Sozialausgleich zu finanzieren ist“, so Zahn. Der bisher im bestehenden System durchgeführte Sozialausgleich würde aus der gesetzlichen Krankenversicherung komplett in das Steuersystem überführt werden. Denn ein Sozialausgleich über das Steuersystem wäre zwingend erforderlich, um das System einigermaßen gerecht zu gestalten. „Sicher ist aber schon jetzt, dass der Steuerzuschuss nicht nur aus einer Steuerart gespeist werden kann“, so Zahn weiter. Zudem ist seine Verteilungswirkung ungerecht, da sie Bezieher niedriger Einkommen und Familien mit nur einem Arbeitseinkommen noch stärker belastet als bisher, dagegen aber vor allem gut verdienende Alleinstehende weiter entlastet.

Die Ersatzkassen stehen deshalb auch weiterhin zu dem Grundsatz: Jeder zahlt nach seinen finanziellen Möglichkeiten und erhält Leistungen nach seinem Bedarf.

Die GKV ist außerdem maßgeblich charakterisiert durch die paritätische, also hälftige Finanzierung durch Arbeitgeber und Versicherte. Bereits in den letzten Jahren haben sich allerdings die finanziellen Lasten deutlich zu Ungunsten der Versicherten verschoben. Beispiele hierfür sind der zusätzliche Versichertenanteil von 0,9 Prozent, die Erhöhung von Eigenbeteiligungen, die Praxisgebühr oder Leistungsausgrenzungen. Durch einen vermehrten Einsatz von Festzuschüssen und

Der vdek steht für einen von Manipulation unanfälligen Finanzausgleich, der Finanzierungsgerechtigkeit und ausgeglichene Wettbewerbschancen gewährleistet. Der vdek unterstützt deshalb die neue Regierung in ihrer Absicht, ein wettbewerbsneutrales Ausgleichssystem mit mehr Gerechtigkeit und weniger Bürokratie zu schaffen.

#### Anlage

Gesundheitspolitische Positionen des vdek  
Länderreport Dezember 2009 und April 2010